

Lagebericht

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Dem Jahresabschluss ist gemäß § 37 GemHVO NRW ein Lagebericht beizufügen. Er ist so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises vermittelt wird (§ 48 GemHVO).

Durch den Lagebericht soll die wirtschaftliche Lage des Kreises Euskirchen erläutert werden. Entsprechend der Intention des Gesetzgebers werden daher im Folgenden zunächst die Positionen der Bilanz und der Rechnung anhand von geeigneten Kennzahlen interpretiert. Im Anschluss daran wird ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses gegeben. Es wird weiter dargestellt, welche Aspekte die Haushaltswirtschaft des Kreises beeinflusst haben und welche Chancen und Risiken hinsichtlich der künftigen Entwicklung des Kreises bestehen. Auf einen Abdruck der im Haushalt des Kreises enthaltenen Kennzahlen wird verzichtet, da diese im öffentlichen Kreishaushalt eingesehen werden können.

2. Bilanzkennzahlen

Das Innenministerium hat mit Runderlass vom 01.10.2008 ein NKF-Kennzahlenset veröffentlicht. Dieses soll der Beurteilung der haushaltswirtschaftlichen Lage der Kommune dienen sowie die Tätigkeit der Aufsichtsbehörden unterstützen. Das Kennzahlenset gliedert sich in vier Analysebereiche:

- Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation
- Kennzahlen zur Vermögenslage
- Kennzahlen zur Finanzlage
- Kennzahlen zur Ertragslage

„Bei der Auswertung der Kennzahlen ist darauf zu achten, dass das Kennzahlenset nur bei vollständiger Anwendung Schlüsse über die haushaltswirtschaftliche Situation einer Gemeinde zulässt. Die isolierte Betrachtung einzelner Kennzahlen könnte zu Fehlinterpretationen führen.“ (RdErl. des Innenministeriums vom 01.10.2008: „Kommunales Haushaltsrecht. NKF - Kennzahlenset Nordrhein-Westfalen (NKF-Kennzahlen)“, 34-48.04.05/01-2328/08)

Nachfolgend wird zur Erleichterung der Lesbarkeit der Runderlass ohne weitere Kennzeichnung zitiert.

2.1 Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation

a) Aufwandsdeckungsgrad (ADG)

Diese Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können.

$$\text{Aufwandsdeckungsgrad} = \frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:	2010	<i>Vorjahr</i>
Ordentliche Erträge (Zeile 10) =	230.676 T€	203.888 T€
Ordentliche Aufwendungen (Zeile 17) =	233.521 T€	213.977 T€
Aufwandsdeckungsgrad =	98,8	95,3

b) Eigenkapitalquote 1 (EkQ1)

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 1“ misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Die Kennzahl kann bei einer Gemeinde ein wichtiger Bonitätsindikator sein.

$$\text{Eigenkapitalquote 1} = \frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Ermittlung der Kennzahl:

Unter der Wertgröße „Eigenkapital“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 4 Nr. 1 GemHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße „Bilanzsumme“ ist die Summe der Passivseite der Bilanz nach § 41 Abs. 4 GemHVO zu erfassen.

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
Eigenkapital =	23.689 T€	19.970 T€	20.979 T€
Bilanzsumme =	454.313 T€	446.991 T€	443.472 T€
Eigenkapitalquote 1 =	5,2	4,5	4,7

c) Eigenkapitalquote 2 (EkQ2)

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 2“ misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Weil bei den Gemeinden die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese „langfristigen“ Sonderposten erweitert.

$$\text{Eigenkapitalquote 2} = \frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sopo Zuwendungen/Beiträge}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Ermittlung der Kennzahl:

Unter der Wertgröße „Eigenkapital“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 4 Nr. 1 GemHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße „Sopo Zuwendungen/Beiträge“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 4 Nrn. 2.1 und 2.2 GemHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße „Bilanzsumme“ ist die Summe der Passivseite der Bilanz nach § 41 Abs. 4 GemHVO zu erfassen.

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
Eigenkapital =	23.689 T€	19.970 T€	20.979 T€
Sonderposten Zuwendungen/Beiträge =	73.265 T€	74.772 T€	75.215 T€
Bilanzsumme =	454.313 T€	446.991 T€	443.472 T€
Eigenkapitalquote 2 =	21,3	21,2	21,7

d) Fehlbetragsquote (FbQ)

Diese Kennzahl gibt Auskunft über den durch einen Fehlbetrag in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil. Da mögliche Sonderrücklagen hier jedoch unberücksichtigt bleiben müssen, bezieht die Kennzahl ausschließlich die Ausgleichsrücklage und die allgemeine Rücklage ein. Zur Ermittlung der Quote wird das negative Jahresergebnis ins Verhältnis zu diesen beiden Bilanzposten gesetzt.

$$\text{Fehlbetragsquote} = \frac{\text{Negatives Jahresergebnis} \times (-100)}{\text{Ausgleichsrücklage} + \text{Allg. Rücklage}}$$

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
Fehlbetrag =	./.	1.483 T€	./.
Ausgleichsrücklage =	./.	7.151 T€	./.
Allg. Rücklage =	./.	14.301 T€	./.
Fehlbetrag =	./.	6,9	./.

2.2 Kennzahlen zur Vermögenslage

a) Infrastrukturquote (IsQ)

Diese Kennzahl stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht. In Einzelfällen kann es sachgerecht sein, auch die Gebietsgröße der Gemeinde oder andere örtliche Besonderheiten bei der Bewertung dieser Kennzahl zu berücksichtigen.

$$\text{Infrastrukturquote} = \frac{\text{Infrastrukturvermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Ermittlung der Kennzahl:

Unter der Wertgröße „Infrastrukturvermögen“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 3 Nr. 1.2.3 GemHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße „Bilanzsumme“ ist die Summe der Aktivseite der Bilanz nach § 41 Abs. 3 GemHVO zu erfassen.

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
Infrastrukturvermögen =	95.818 T€	98.249 T€	97.950 T€
Bilanzsumme =	454.313 T€	446.991 T€	443.472 T€
Infrastrukturquote =	21,1	22,0	22,1

b) Abschreibungsintensität (Abl)

Die Kennzahl zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

$$\text{Abschreibungsintensität} = \frac{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:

	<u>2010</u>	<u>Vorjahr</u>
Abschreibungen (Zeile 14) =	8.316 T€	8.102 T€
Ordentliche Aufwendungen (Zeile 17) =	233.521 T€	213.977 T€
Abschreibungsintensität =	3,6	3,8

c) Drittfinanzierungsquote (DfQ)

Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten im Haushaltsjahr. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch die Drittfinanzierung deutlich.

$$\text{Drittfinanzierungsquote} = \frac{\text{Erträge aus der Auflösung von Sonderposten} \times 100}{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen}}$$

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:	2010	<i>Vorjahr</i>
Erträge Auflösung Sonderposten =	3.603 T€	3.530 T€
Abschreibungen (Zeile 14) =	8.316 T€	8.102 T€
Drittfinanzierungsquote =	43,3	43,6

d) Investitionsquote (InQ)

Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen.

$$\text{Investitionsquote} = \frac{\text{Bruttoinvestitionen} \times 100}{\text{Abgänge des AV} + \text{Abschreibungen AV}}$$

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:	2010	<i>Vorjahr</i>
Bruttoinvestitionen =	5.842 T€	13.606 T€
Abgänge des AV =	1.043 T€	3.537 T€
Abschreibungen (Zeile 14) =	8.316 T€	8.102 T€
Investitionsquote =	62,4	116,9

Kritisch ist bei dieser Kennzahl anzumerken, dass in 2009 auch ein Teil der Geldanlagen (Schuldscheindarlehen) in die Bruttoinvestitionen und die Abgänge eingerechnet wird, obwohl es sich hierbei nicht um klassische Investitionen handelt. Ohne Schuldscheindarlehen ergäbe sich im Vorjahr folgender Wert:

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:	<i>Vorjahr</i>
Abgänge des AV =	37 T€
Abschreibungen (Zeile 14) =	8.102 T€
Investitionsquote =	81,16

2.3 Kennzahlen zur Finanzlage

a) Anlagendeckungsgrad 2 (AnD2)

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad II“ gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

$$\text{Anlagendeckungsgrad II} = \frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sopo Zuwendungen/Beiträge} + \text{Langfristiges Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$$

Ermittlung der Kennzahl:

Unter der Wertgröße „Eigenkapital“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 4 Nr. 1 GemHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße „Sonderposten Zuwendungen/Beiträge“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 4 Nrn. 2.1 und 2.2 GemHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße „Langfristiges Fremdkapital“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 4 Nrn. 3.1, 3.2 und 4 GemHVO zu erfassen. Die langfristigen Verbindlichkeiten nach § 41 Abs. 4 Nr. 4 GemHVO müssen eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren haben und sind dem Verbindlichkeitspiegel nach § 47 GemHVO zu entnehmen. Unter der Wertgröße „Anlagevermögen“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 3 Nr. 1 GemHVO zu erfassen.

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
Eigenkapital =	23.689 T€	19.970 T€	20.979 T€
Sonderposten Zuwendungen/Beiträge =	73.265 T€	74.772 T€	75.215 T€
Langfristiges Fremdkapital =	306.195 T€	305.126 T€	304.224 T€
Anlagevermögen =	247.025 T€	250.346 T€	248.438 T€
Anlagendeckungsgrad 2 =	163,2	159,7	161,2

b) Dynamischer Verschuldungsgrad (DVSG)

Mit Hilfe der Kennzahl „Dynamischer Verschuldungsgrad“ lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit der Gemeinde beurteilen. Sie hat dynamischen Charakter, weil sie mit dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit aus der Finanzrechnung eine zeitraumbezogene Größe enthält. Dieser Saldo zeigt bei jeder Gemeinde an, in welcher Größenordnung freie Finanzmittel aus ihrer laufenden Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Haushaltsjahr zur Verfügung stehen und damit zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden könnten. Der Dynamische Verschuldungsgrad gibt an, in wie vielen Jahren es unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln vollständig zu tilgen (Entschuldungsdauer).

Dynamischer Verschuldungsgrad = $\frac{\text{Effektivverschuldung}}{\text{Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (FP/FR)}}$

Ermittlung der Kennzahl:

Die Kennzahl „Dynamischer Verschuldungsgrad“ wird aus der Division der Wertgröße „Effektive Verschuldung“ der Gemeinde durch die Wertgröße „Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit“ aus der Finanzrechnung (FR) der Gemeinde ermittelt. Die Wertgröße „Effektive Verschuldung“ berechnet sich wie folgt:

Gesamtes Fremdkapital
<u>/.</u> Liquide Mittel
<u>/.</u> kurzfristige Forderungen
= Effektive Verschuldung

Für diese Berechnung sind unter der Wertgröße „Gesamtes Fremdkapital“ die Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 4 Nrn. 2.3, 3 und 4 GemHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße „Liquide Mittel“ ist der Ansatz des Bilanzpostens nach § 41 Abs. 3 Nr. 2.4 GemHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße „Kurzfristige Forderungen“ sind die Teilansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 3 Nr. 2.2 GemHVO zu erfassen, die eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr haben. Letztgenannte Teilansätze sind dem Forderungsspiegel nach § 46 GemHVO zu entnehmen.

Als Wertgröße „Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (FP/FR)“ der nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO im Finanzplan bzw. gem. § 39 S. 3 GemHVO in der Finanzrechnung auszuweisende Saldo einzusetzen.

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
Fremdkapital =	339.548 T€	335.593 T€	330.562 T€
Liquide Mittel =	172.252 T€	160.983 T€	141.707 T€
Kurzfristige Forderungen =	10.769 T€	10.448 T€	13.122 T€
Effektive Verschuldung =	156.527 T€	164.162 T€	175.732 T€
		<u>2010</u>	<u>Vorjahr</u>
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 17) =		11.043 T€	6.804 T€
Dynamischer Verschuldungsgrad =		14,2	24,1

c) Liquidität 2. Grades (Li2)

Die Kennzahl gibt stichtagsbezogen Auskunft über die „kurzfristige Liquidität“ der Gemeinde. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.

$$\text{Liquidität 2. Grades} = \frac{\text{Liquide Mittel} + \text{Kurzfristige Forderungen} \times 100}{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten}}$$

Ermittlung der Kennzahl:

Unter der Wertgröße „Liquide Mittel“ ist der Ansatz des Bilanzpostens nach § 41 Abs. 3 Nr. 2.4 GemHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße „Kurzfristige Forderungen“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 3 Nr. 2.2 GemHVO zu erfassen. Die kurzfristigen Forderungen müssen eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr haben (vgl. Forderungsspiegel nach § 46 GemHVO). Unter der Wertgröße „Kurzfristige Verbindlichkeiten“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 4 Nr. 4 GemHVO zu erfassen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten müssen eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr haben (vgl. Verbindlichkeitspiegel nach § 47 GemHVO).

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
Liquide Mittel =	172.252 T€	160.983 T€	141.707 T€
Kurzfristige Forderungen =	10.769 T€	10.448 T€	13.205 T€
Kurzfristige Verbindlichkeiten =	9.153 T€	8.231 T€	5.271 T€
Liquidität 2. Grades =	2.000	2.083	2.939

d) Kurzfristige Verbindlichkeitsquote (KVbQ)

Wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl „Kurzfristige Verbindlichkeitsquote“ beurteilt werden.

$$\text{Kurzfristige Verbindlichkeitsquote} = \frac{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Ermittlung der Kennzahl:

Unter der Wertgröße „Kurzfristige Verbindlichkeiten“ sind die Teilansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 4 Nr. 4 GemHVO zu erfassen, die eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr haben. Diese Teilansätze sind dem Verbindlichkeitspiegel nach § 47 GemHVO zu entnehmen. Unter der Wertgröße „Bilanzsumme“ ist die Summe der Passivseite der Bilanz nach § 41 Abs. 4 GemHVO zu erfassen.

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
Kurzfristige Verbindlichkeiten =	9.153 T€	8.231 T€	5.271 T€
Bilanzsumme =	454.313 T€	446.991 T€	443.472 T€
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote =	2,0	1,8	1,2

e) Zinslastquote

Die Kennzahl „Zinslastquote“ zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

$$\text{Zinslastquote} = \frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:	2010	<i>Vorjahr</i>
Finanzaufwendungen (Zeile 20) =	6 T€	10 T€
Ordentliche Aufwendungen (Zeile 17) =	233.521 T€	213.977 T€
Zinslastquote =	0	0

2.4 Kennzahlen zur Ertragslage

a) Netto-Steuerquote (NSQ) oder Allgemeine Umlagenquote (AUQ)

Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Für eine realistische Ermittlung der Steuerkraft der Gemeinde ist es erforderlich, den Gemeindeanteil an der Gewerbesteuer und den Aufwand für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit in Abzug zu bringen.

Bei Kreisen und anderen Gemeindeverbänden, denen Steuern nicht in einem Umfang wie den Gemeinden zufließen, ist die Netto-Steuerquote durch eine „Allgemeine Umlagenquote“ zu ersetzen.

$$\text{Allgemeine Umlagenquote} = \frac{\text{Allgemeine Umlage} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$$

Ermittlung der Kennzahl:

Unter der Wertgröße „Allgemeine Umlagen“ sind die dafür zutreffenden Teilerträge nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO zu erfassen. Dies sind Erträge aus der Kreisumlage einschließlich Mehrbelastung, der Jugendamtsumlage sowie der Landschaftsumlage.

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:	2010	<i>Vorjahr</i>
Allgemeine Umlage =	113.954 T€	102.865 T€
Ordentliche Erträge (Zeile 10) =	230.676 T€	203.888 T€
Allgemeine Umlagenquote =	49,4	50,5

b) Zuwendungsquote (ZwQ)

Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

$$\text{Zuwendungsquote} = \frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$$

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:	2010	<i>Vorjahr</i>
Erträge aus Zuwendungen =	39.824 T€	38.161 T€
Ordentliche Erträge (Zeile 10) =	230.676 T€	203.888 T€
Zuwendungsquote =	17,3	18,7

c) Personalintensität (PI)

Die „Personalintensität“ gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Im Hinblick auf den interkommunalen Vergleich dient diese Kennzahl dazu, die Frage zu beantworten, welcher Teil der Aufwendungen üblicherweise für Personal aufgewendet wird.

$$\text{Personalintensität} = \frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:	2010	<i>Vorjahr</i>
Personalaufwendungen (Zeile 11) =	34.117 T€	32.366 T€
Ordentliche Aufwendungen (Zeile 17) =	233.521 T€	213.977 T€
Personalintensität =	14,6	15,1

d) Sach- und Dienstleistungsintensität (SDI)

Die Kennzahl „Sach- und Dienstleistungsintensität“ lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

$$\text{Sach- u. Dienstleistungsintensität} = \frac{\text{Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:	2010	<i>Vorjahr</i>
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 13) =	29.746 T€	26.544 T€
Ordentliche Aufwendungen (Zeile 17) =	233.521 T€	213.977 T€
Sach- und Dienstleistungsintensität =	12,7	12,4

e) Transferaufwandsquote (TAQ)

Die Kennzahl „Transferaufwandsquote“ stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.

$$\text{Transferaufwandsquote} = \frac{\text{Transferaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

Für den Kreis Euskirchen ergibt sich:	2010	<i>Vorjahr</i>
Transferaufwendungen (Zeile 15) =	119.752 T€	105.275 T€
Ordentliche Aufwendungen (Zeile 17) =	233.521 T€	213.977 T€
Transferaufwandsquote =	51,3	49,2

Hierbei ist allerdings kritisch anzumerken, dass ein nicht unerheblicher Teil des Transferaufwandes (SGB II, Produkt 312 01) aus statistisch vorgegebenen Gründen in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) verbucht wird. Insofern ist die errechnete Quote deutlich zu gering und vermittelt nach Ansicht der Verwaltung kein sachgerechtes Bild.

3. Rückblick auf die Haushaltswirtschaft des Jahres 2010

Bedingt durch die Aufgabenstellungen des Kreises, den daraus resultierenden Finanzbelastungen einerseits und den beschränkten Möglichkeiten einer Refinanzierung über Steuern (bis zur Abschaffung der Jagdsteuer, die mittlerweile erfolgt ist), Gebühren, Kostenerstattungen und laufenden Finanzzuweisungen andererseits ist eine Spitzenfinanzierung über die Kreisumlage zum Haushaltsausgleich unumgänglich (vgl. § 56 Abs. 1 KrO NRW).

Diese Spitzenfinanzierung ist in den letzten Jahren besonderen, sich steigenden Belastungen ausgesetzt, da vermehrt eine Aufgabenverlagerung auf die Kreise, insbesondere im Sozialbereich, stattgefunden hat, ohne dass damit eine (auskömmliche) Entlastung durch Kostenerstattungen oder Finanzierungsbeiträgen verbunden wurde:

Bestimmend für die Haushaltswirtschaft des Kreises Euskirchen ist der **soziale Sektor**. Dieser umfasst

- den vom Kreis direkt zu finanzierenden sozialen Bereich (Budget 300 500),
- die Landschaftsumlage sowie
- den vom Kreis direkt zu finanzierenden Jugendbereich (Budget 300 510).

Der Zuschussbedarf dieser drei Bereiche umfasst im Haushaltsjahr 2010 ca. 75 % des Gesamthaushaltes (Ergebnisrechnung). Der soziale Sektor ist damit die bestimmende Größe für Kreisumlage und Haushaltssituation.

Die Entwicklung der Fallzahlen sowie der Ausgaben in diesem Sektor bereitet große Sorge. Betrachtet man die seit Jahren wachsende Haushaltsbelastung im Land Nordrhein-Westfalen, zeigt sich, dass auf den Kreis Euskirchen das zutrifft, was Junkernheinrich/Micosatt¹ im Jahr 2011 allgemein für die Kreise in Nordrhein-Westfalen festgestellt haben:

- Überproportionales Wachstum der Sozialausgaben, daher steigender Ausgabebedarf der Kreise.
- Aber keine Anpassung der Kreisschlüsselzuweisungen an diese Entwicklung, daher automatisch erhöhte Kreisumlagen.

Die maßgeblichen Sozialleistungen entwickelten sich bis 2010 wie folgt:

a) Budget 300 500

	JR 2005	JR 2006	JR 2007	JR 2008	NKF-JA 2009	NKF-JA 2010	Differenz 2010/2009	proz.
Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II								
Kosten der Unterkunft - SGB II	19.472.361	21.570.184	21.347.794	21.953.399	22.095.679	22.809.463	+ 3.337.102	17,1%
SGB II: einmalige Leistungen	209.874	742.588	586.772	684.954	651.050	756.656	+ 546.783	260,5%
Hilfe zur Pflege und Pflegegeld								
Pflegegeld (§ 14 PFG NRW)	2.712.800	2.979.985	3.223.561	3.421.183	3.741.782	3.901.761	+ 1.188.961	43,8%
Investitionspauschalen Pflegeeinrichtungen	686.517	850.652	854.362	916.485	1.037.589	1.104.253	+ 417.736	60,8%
Hilfe zur Pflege	4.507.391	4.426.696	4.827.204	4.938.216	5.325.481	5.241.395	+ 734.004	16,3%
Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII								
Grundsicherung a.v.E. (<65)	1.478.821	1.631.224	2.301.020	2.545.833	2.702.704	2.651.103	+ 1.172.282	79,3%
Grundsicherung a.v.E. (>65)	1.795.666	2.012.042	2.170.755	2.411.656	2.526.114	2.667.131	+ 871.465	48,5%
Grundsicherung i.E. (>65)	490.275	467.419	469.471	466.676	459.346	457.496	- 32.779	-6,7%
Hilfe zum Lebensunterhalt								
Laufende Leistungen	881.649	859.550	941.251	1.035.637	982.251	1.053.428	+ 171.779	19,5%
Einmalige Leistungen	160.860	87.699	80.480	75.022	117.684	99.683	- 61.177	-38,0%
Leistungen bei Behinderung								
Heilpädagogische Maßnahmen	270.057	264.706	300.108	427.003	367.903	323.522	+ 53.464	19,8%
Hilfe zur angemessenen Schulausbildung	172.297	192.891	294.277	547.695	751.535	916.657	+ 744.360	432,0%
Krankenhilfe	955.347	988.972	776.507	905.341	1.087.367	824.943	- 130.404	-13,6%
Summe der wesentlichen Aufwendungen - Soziales	33.793.915	37.074.609	38.173.562	40.329.099	41.846.485	42.807.492	+ 9.013.577	26,7%
Wesentliche Erträge								
Bundesbeteiligung SGB II	5.665.852	6.270.710	6.658.592	6.238.383	5.685.166	5.331.510	- 334.342	-5,9%
Landeszweisung SGB II	1.614.461	1.865.186	1.179.033	1.365.903	3.062.412	15.220.917	+ 13.606.456	842,8%
Bundeserstattung SGB XII	736.379	673.046	674.251	745.904	655.223	774.800	+ 38.422	5,2%
Summe der wesentlichen Erträge - Soziales	8.016.691	8.808.942	8.511.877	8.350.189	9.402.801	21.327.227	+ 13.310.536	166,0%

In 2010 ist die Besonderheit zu berücksichtigen, dass das Land infolge des Urteils des Verfassungsgerichtshofes vom 26.05.2010 (VerfGH NRW 17/08) den Verteilungsschlüssel über die Verteilung der Wohngeldersparnis rückwirkend ab einschließlich 2007 ändern musste. Dem Kreis Euskirchen wurde infolgedessen mit Bescheid vom 23.12.2010 ein Nachteilsausgleich in Höhe von 11,8 Mio. € für die Jahre 2007 bis 2009 zuerkannt. Dieser verteilt sich auf die vorherigen Jahre wie folgt:

¹ Junkernheinrich/Micosatt: „Kreise im Finanzausgleich der Länder“, Wiesbaden 2011

	JR 2005	JR 2006	JR 2007	JR 2008	JR 2009	JR 2010
Wohngeldersparnis nach alter Regelung (verfassungswidrig)	1.614.461	1.865.186	1.179.033	1.365.903	3.062.412	
Nachteilsausgleich			4.570.714	4.153.660	3.066.615	
Wohngeldersparnis nach neuer Regelung			5.749.748	5.519.563	6.129.028	3.429.928



Aufgrund des späten Zeitpunktes der Regelung hat der Kreistag am 15.12.2010 einen Beschluss über die Verwendung des Nachteilsausgleichs, der zu diesem Zeitpunkt noch nicht der Höhe nach bekannt war, gefasst (siehe Z 2 / V 130/2010). Die Städte und Gemeinden des Kreises Euskirchen erhielten demzufolge kurz vor Jahresende eine einmalige Zuweisung in Höhe von 10,7 Mio. €.

b) Landschaftsumlage

	JR 2005	JR 2006	JR 2007	JR 2008	NKF-JR 2009	NKF-JR 2010	Differenz 2010/2005	proz.
Landschaftsumlage	28.187.207	28.906.181	30.895.936	33.131.828	35.092.923	34.181.050	+ 5.993.843	21,3%
Landschaftsumlage - Hebesatz	17,3	17,1	16,5	15,85	15,85	16,0		

c) Budget 300 510

Der Kreis Euskirchen hält das Jugendamt für den kompletten Kreisbereich vor, da keine kreisangehörige Stadt von der Möglichkeit der Einrichtung eines eigenen Jugendamtes Gebrauch gemacht hat.

	JR 2005	JR 2006	JR 2007	JR 2008	NKF-JR 2009	NKF-JR 2010	Differenz 2010/2005	proz.
Heimerziehung	5.216.707	5.203.454	4.402.517	5.544.575	6.371.784	7.946.080	+ 2.729.373	52,3%
Vollzeitpflege	1.536.982	1.665.252	1.951.443	2.037.332	2.401.746	2.604.038	+ 1.067.056	69,4%
Eingliederungshilfe (Heimerziehung)	459.036	710.004	937.570	1.100.011	1.252.665	1.053.700	+ 594.663	129,5%
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	336.646	159.872	234.916	281.166	251.305	212.796	- 123.850	-36,8%
Erziehung in Tagesgruppen	1.492.986	1.268.860	797.836	679.924	863.303	833.422	- 659.564	-44,2%
Inobhutnahmen	234.085	397.192	256.163	424.334	550.066	486.228	+ 252.143	107,7%
Betreutes Wohnen	785.391	676.359	560.423	496.057	592.090	665.955	- 119.436	-15,2%
Gemeinsame Unterbr. von Müttern oder Vätern mit ihren Ki	126.990	249.741	229.368	200.434	189.237	326.230	+ 199.239	156,9%
Sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31 SGB VIII)	747.735	815.354	1.103.954	1.288.797	1.574.836	1.871.692	+ 1.123.957	150,3%
Sonstige Hilfen (§ 27 II SGB VIII)	139.879	237.258	230.738	255.668	328.249	268.217	+ 128.339	91,7%
Erziehungsbeistandschaft (§ 30 SGB VIII)	332.388	271.086	317.923	283.030	272.132	281.649	- 50.739	-15,3%
Eingliederungshilfen	258.424	238.450	214.401	259.441	251.218	278.856	+ 20.432	7,9%
Förderung Kinder in Tagespflege	150.874	151.330	143.817	164.484	153.242	619.343	+ 468.470	310,5%
Betriebskostenzuweisungen Kindertageseinrichtungen	22.441.315	22.668.391	21.834.346	22.843.626	24.810.770	26.329.538		
Aktive Rechnungsabgrenzung					885.483	891.659		
Passive Rechnungsabgrenzung					448.289	463.790		
Elternbeiträge Kindertageseinrichtungen	3.858.610	3.815.962	3.762.077	3.944.426	4.066.546	3.968.241		
Landeszuweisungen Kindertageseinrichtungen	9.124.893	8.920.590	8.341.538	9.307.111	10.907.637	9.810.128		
Kindertageseinrichtungen - netto	9.457.811	9.931.839	9.730.731	9.592.089	10.273.780	12.979.037	+ 3.521.226	37,2%
Summe der wesentlichen Aufwendungen - Jugend	21.275.935	21.976.050	21.111.801	22.607.342	25.325.651	30.427.243	+ 9.151.308	43,0%

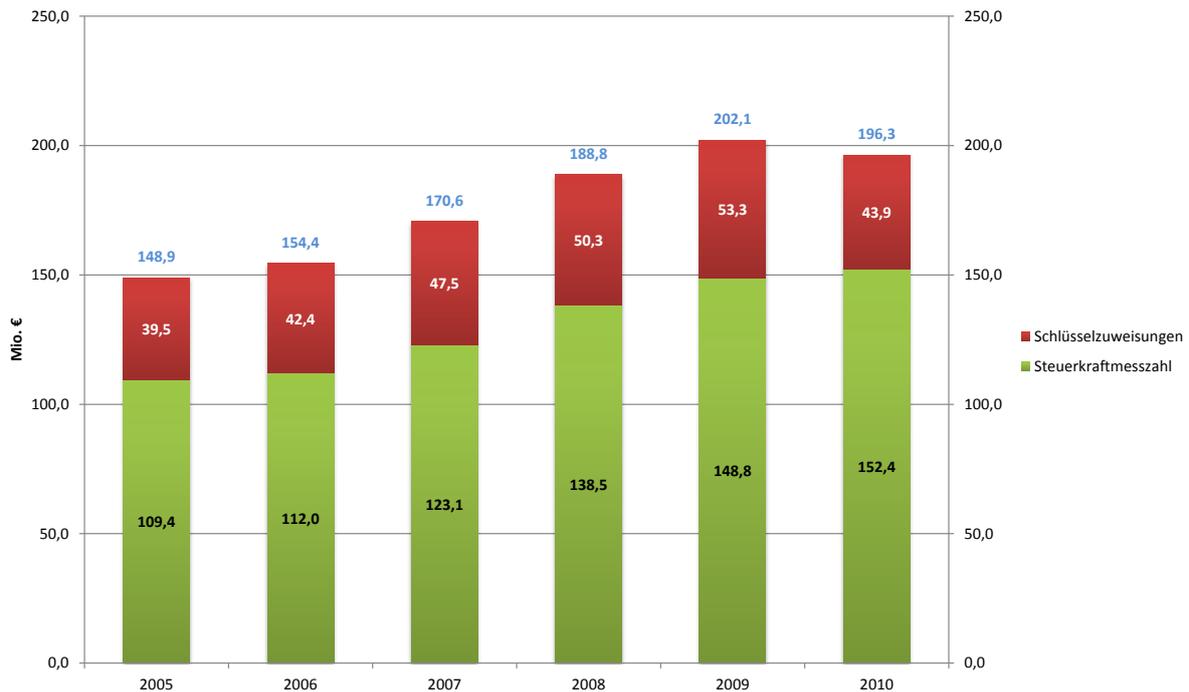
Die Schlüsselzuweisungen entwickelten sich wie folgt:

Jahr	Ertrag/Einnahme in €	Differenz zum Vorjahr	prozentual
1996	15.586.545		
1997	16.165.888	+ 579.343	+ 3,7%
1998	14.815.256	- 1.350.632	- 8,4%
1999	15.938.671	+ 1.123.415	+ 7,6%
2000	17.791.115	+ 1.852.444	+ 11,6%
2001	18.229.102	+ 437.987	+ 2,5%
2002	17.295.940	- 933.162	- 5,1%
2003	13.044.058	- 4.251.882	- 24,6%
2004	16.660.030	+ 3.615.972	+ 27,7%
2005	15.524.154	- 1.135.876	- 6,8%
2006	15.227.396	- 296.758	- 1,9%
2007	16.925.084	+ 1.697.688	+ 11,1%
2008	20.272.569	+ 3.347.485	+ 19,8%
2009	19.305.743	- 966.826	- 4,8%
2010	19.907.724	+ 601.981	+ 3,1%

Entwicklung der für die Kreisumlageerhebung maßgeblichen Umlagegrundlagen:

Stadt/Gemeinde	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Bad Münstereifel	14.649.303	13.490.684	14.461.621	13.865.751	14.372.447	15.626.490	17.460.586	18.170.122	18.219.247
Blankenheim	6.813.108	6.310.787	6.513.757	6.192.562	6.672.319	7.146.811	7.846.717	8.156.206	7.884.342
Dahlem	3.140.152	2.978.561	3.031.365	2.815.032	2.986.963	3.234.432	3.691.077	3.826.624	3.715.322
Euskirchen	47.260.232	44.156.783	46.863.840	45.893.724	47.085.541	53.041.602	58.805.221	61.479.271	60.891.490
Hellenthal	8.150.436	8.252.256	6.796.328	6.617.320	7.362.915	8.684.244	7.894.709	11.942.708	8.412.460
Kall	9.203.588	9.128.854	9.285.860	8.985.204	9.045.556	9.883.355	11.166.880	11.531.412	11.226.175
Mechernich	20.671.032	19.093.168	20.320.749	19.588.755	20.776.734	23.077.352	26.238.105	27.423.737	26.987.829
Nettersheim	5.750.958	5.163.873	5.569.632	5.311.952	5.625.447	6.283.006	6.959.944	9.081.867	7.074.328
Schleiden	11.226.115	10.194.698	10.815.998	10.477.735	10.944.969	11.760.433	13.100.470	13.546.568	13.254.976
Weilerswist	12.928.181	12.031.921	13.001.262	12.267.546	12.909.086	14.234.142	15.802.323	16.337.815	16.128.967
Zülpich	16.507.179	14.869.973	15.319.065	15.392.099	16.032.623	17.351.147	19.795.015	20.604.380	20.520.682
Summe	156.300.284	145.671.558	151.979.477	147.407.680	153.814.600	170.323.014	188.761.047	202.100.710	194.315.818

Entwicklung im Kreis Euskirchen (Summe aller Städte und Gemeinden):
Schlüsselzuweisungen und Steuerkraft



(Anmerkung: in einigen Jahren nicht identisch mit der Summe der Umlagegrundlagen)

Aufgrund der gestiegenen Aufwendungen, insbesondere im sozialen Bereich, erhöhte sich auch die Kreisumlage. Der folgende Überblick zeigt die Entwicklung der Kreisumlage einschließlich der Jugendamtsumlage:

Jahr	Hebesatz allgemein	Hebesatz Jugend	Volumen allgemeiner Teil	Volumen Jugend	Summe Volumen	Differenz zum Vorjahr	prozentual
1996	30,67%	14,53%	41.337.689	19.583.848	60.921.537		
1997	29,66%	16,04%	40.590.063	21.950.931	62.540.993	+ 1.619.457	+ 2,7%
1998	30,44%	16,69%	41.597.278	22.807.443	64.404.722	+ 1.863.728	+ 3,0%
1999	31,50%	15,35%	44.570.895	21.719.468	66.290.363	+ 1.885.641	+ 2,9%
2000	30,61%	16,24%	46.178.835	24.499.977	70.678.812	+ 4.388.449	+ 6,6%
2001	24,93%	17,75%	38.569.607	27.461.312	66.030.919	- 4.647.893	- 6,6%
2002	25,85%	16,83%	40.403.626	26.305.340	66.708.966	+ 678.047	+ 1,0%
2003	30,84%	17,70%	44.925.108	25.783.866	70.708.974	+ 4.000.008	+ 6,0%
2004	30,19%	18,35%	45.882.606	27.888.235	73.770.841	+ 3.061.867	+ 4,3%
2005	37,11%	16,39%	54.702.992	24.160.120	78.863.112	+ 5.092.271	+ 6,9%
2006	40,52%	15,85%	62.325.668	24.379.611	86.705.279	+ 7.842.167	+ 9,9%
2007	36,65%	14,43%	62.423.391	24.577.614	87.001.005	+ 295.726	+ 0,3%
2008	36,49%	14,59%	68.878.905	27.540.237	96.419.142	+ 9.418.137	+ 10,8%
2009	36,33%	14,40%	73.423.188	29.102.502	102.525.690	+ 6.106.548	+ 6,3%
2010	41,33%	16,50%	80.310.730	32.062.111	112.372.841	+ 9.847.151	+ 9,6%

Auch hier ist wiederum auf die einmalige Zuweisung an die Städte und Gemeinden im Zusammenhang mit der Landeszuweisung zur Wohngeldersparnis im Jahre 2010 hinzuweisen (s.o.).

Die steigenden Lasten auf der einen und die angespannte finanzielle Situation der Städte und Gemeinden auf der anderen Seite haben den Kreis Euskirchen bewogen, über die auch

sonst bestehenden Anstrengungen hinaus, die Kreisumlage möglichst niedrig zu halten, einen mehrjährigen Prozess der Aufgabenkritik durchzuführen sowie darüber hinaus mehrere Personalausgabeneinsparkonzepte zu beschließen. Die Erfolge dieser Maßnahmen sind angesichts erheblich steigender Soziallasten in der Höhe der Kreisumlage kaum sichtbar.

Über die genannten Bereiche hinaus ist beim Rückblick auf die Haushaltswirtschaft des Jahres 2010 folgendes festzuhalten:

Die Ergebnisse der Produkte weichen **vom Vorjahr** wie folgt ab:

PrZiffer	Produktbezeichnung	Budget	AO 2010	AO 2009	Diff. 10/09
611 01	Steuern, Zuweisungen, Umlagen	000 000 000	87.685.489,62	87.221.817,96	+ 463.671,66
612 01	Laufende Verwaltungstätigkeit	000 000 000	7.690.615,84	9.206.965,65	- 1.516.349,81
111 04	Beschäftigtenvertretung	100 100 000	-97.146,25	-101.306,62	+ 4.160,37
111 07	Verwaltungsarchiv	100 100 000	-124.975,26	-124.699,90	- 275,36
111 09	Sonstige Zentrale Dienste	100 100 000	-677.987,51	-630.242,51	- 47.745,00
111 13	Personalmanagement	100 100 000	-4.879.940,17	-5.743.413,00	+ 863.472,83
111 16	Organisationsangelegenheiten	100 100 000	-145.618,52	-72.522,33	- 73.096,19
272 01	Historische Kreisbibliothek	100 100 000	-114.421,75	-124.850,37	+ 10.428,62
111 01	Politische Gremien des Kreises	100 130 001	-909.826,76	-796.940,79	- 112.885,97
111 02	Verwaltungsführung	100 130 001	-642.299,29	-622.669,93	- 19.629,36
111 12	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	100 130 001	-228.172,39	-195.014,14	- 33.158,25
243 04	Medienzentrum	100 130 002	-184.185,43	-188.645,40	+ 4.459,97
281 01	Kulturförderung	100 130 003	-264.487,98	-128.098,69	- 136.389,29
421 01	Sportförderung	100 130 003	-45.050,99	-72.316,25	+ 27.265,26
252 01	Eifelmuseum	100 130 004	0,00	-195.000,00	+ 195.000,00
111 06	Zentrale Vergabestelle	100 150 000	-83.339,29	-76.941,16	- 6.398,13
111 20	Kommunalaufsicht	100 150 000	-151.400,08	-172.332,87	+ 20.932,79
121 01	Wahlen	100 150 000	-62.543,17	-53.763,88	- 8.779,29
121 02	Zensus	100 150 000	-15.962,66	0,00	- 15.962,66
111 14	Finanzsteuerung und -management	100 200 000	-470.538,39	-213.402,25	- 257.136,14
111 15	Kasse	100 200 000	-682.036,47	-590.312,36	- 91.724,11
111 18	Rechtsangelegenheiten	200 320 000	-196.958,07	-195.763,20	- 1.194,87
122 01	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	200 320 000	-259.101,37	-251.870,37	- 7.231,00
122 13	Bußgeldverfahren	200 320 000	2.275.194,61	1.860.575,15	+ 414.619,46
122 19	Aufenthaltsregelung	200 320 000	-367.043,37	-381.801,64	+ 14.758,27
122 12	Verkehrsregelung und -lenkung	200 360 000	-121.828,73	-111.210,05	- 10.618,68
122 14	Fahrerlaubnisse	200 360 000	-203.290,18	-184.193,86	- 19.096,32
122 15	Erlaubnis zur Personen- und Güterbeförderung	200 360 000	-40.287,86	-13.591,49	- 26.696,37
122 16	Zulassung	200 360 000	781.573,09	513.871,14	+ 267.701,95
122 20	Verkehrserziehung und -aufklärung	200 360 000	-64.074,23	-59.775,09	- 4.299,14
126 01	Brandbekämpfung und Bevölkerungsschutz	200 380 000	-1.142.701,33	-1.013.156,98	- 129.544,35
122 04	Lebensmittel- und Hygieneüberwachung	200 390 000	-753.156,01	-713.322,08	- 39.833,93
122 08	Tierseuchenbekämpfung	200 390 000	-504.791,55	-506.578,83	+ 1.787,28
122 11	Tierschutz und Tiergesundheit	200 390 000	-238.661,49	-236.984,76	- 1.676,73
242 01	Regionale Schulberatungsstelle	300 400 001	-155.624,19	-161.033,06	+ 5.408,87
243 01	Schulverwaltung	300 400 001	735.466,07	431.201,94	+ 304.264,13
243 02	Schulamts für den Kreis Euskirchen	300 400 001	-288.153,37	-299.270,58	+ 11.117,21
351 01	BAFÖG	300 400 001	-138.699,85	-96.765,65	- 41.934,20

PrZiffer	Produktbezeichnung	Budget	AO 2010	AO 2009	Diff. 10/09
231 01	Thomas-Eißer-Berufskolleg	300 400 002	-2.346.822,08	-2.337.955,46	- 8.866,62
231 02	Berufskolleg Eifel	300 400 003	-2.091.894,15	-2.153.845,93	+ 61.951,78
221 01	Hans-Verbeek-Schule	300 400 004	-904.560,00	-994.837,58	+ 90.277,58
221 02	St. Nikolaus-Schule	300 400 005	-694.466,84	-713.389,78	+ 18.922,94
221 04	Don-Bosco-Schule	300 400 008	-152.330,33	-154.939,31	+ 2.608,98
322 01	Leistungen für Schwerbehinderte nach SGB IX	300 500 001	-153.800,02	-85.063,75	- 68.736,27
331 01	Förderung von Trägern der Wohlfahrtsverbände	300 500 001	-349.992,46	-310.710,79	- 39.281,67
343 04	Heimaufsicht	300 500 001	-131.105,90	-167.904,12	+ 36.798,22
343 06	Betreuung nach dem Betreuungsgesetz	300 500 001	-319.725,23	-239.951,70	- 79.773,53
311 01	Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII)	300 500 004	-982.242,75	-894.570,55	- 87.672,20
311 03	Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen (SGB XII)	300 500 004	-140.640,30	-89.971,87	- 50.668,43
311 05	Pflegewohngeld (PFG NW)	300 500 004	-5.098.006,33	-4.846.565,76	- 251.440,57
311 06	Leistungen nach dem Wohngeldgesetz (WoGG)	300 500 004	-9.831,11	-12.226,43	+ 2.395,32
311 08	Grundsicherungslstg. nach SGB XII	300 500 004	-4.979.817,76	-5.005.655,63	+ 25.837,87
343 01	Leistungen bei Krankheit (SGB XII)	300 500 004	-859.108,48	-791.111,76	- 67.996,72
343 02	Leistungen bei Behinderung (SGB XII)	300 500 004	-1.320.461,58	-1.196.685,47	- 123.776,11
343 03	Leistungen bei Pflegebedürftigkeit (SGB XII)	300 500 004	-5.213.793,59	-4.873.505,47	- 340.288,12
312 01	Grundsicherungslstg. nach SGB II	300 500 005	-4.291.197,69	-15.090.153,42	+ 10.798.955,73
312 03	Personalleistungen des Kreises im Jobcenter	300 500 005	-258.594,11	-88.212,91	- 170.381,20
368 01	Elterngeld und Elternzeit nach dem Bundeselterngeld- und -zeitgesetz	300 500 006	-69.211,30	-61.059,74	- 8.151,56
341 01	Unterhaltsvorschussleistungen	300 510 001	-1.289.530,20	-1.407.348,60	+ 117.818,40
363 01	Erziehungsberatung	300 510 001	-507.207,83	-529.560,33	+ 22.352,50
363 02	Beratungen (§§ 17, 18 SGB VIII)	300 510 001	-298.346,91	-290.685,79	- 7.661,12
363 03	Mitwirkung in Verfahren vor dem Familiengericht	300 510 001	-353.175,68	-313.095,59	- 40.080,09
363 04	Mitwirkung in Verfahren vor dem Jugendgericht	300 510 001	-233.304,90	-205.767,56	- 27.537,34
363 05	Beistandschaften, Amtspflegschaften, Amtsvormundschaften	300 510 001	-438.112,18	-475.095,09	+ 36.982,91
363 06	Adoptionsvermittlung	300 510 001	-45.764,81	-44.343,72	- 1.421,09
362 01	Kinder- und Jugendarbeit in/außerhalb von Einrichtungen	300 510 002	-572.785,24	-549.946,17	- 22.839,07
362 02	Jugendsozialarbeit; Kinder- und Jugendschutz	300 510 002	-355.652,19	-391.258,17	+ 35.605,98
362 03	Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie	300 510 002	-186.697,91	-179.998,89	- 6.699,02
361 01	Tagespflege	300 510 004	-477.407,81	-274.943,88	- 202.463,93
363 09	Ambulante Hilfe zur Erziehung	300 510 003	-3.024.498,28	-2.721.500,67	- 302.997,61
363 10	Hilfen zur Erziehung (stationär/teilstationär)	300 510 003	12.392.671,43	-11.235.266,71	- 1.157.404,72
365 01	Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder	300 510 004	13.006.611,19	-10.161.005,98	- 2.845.605,21
414 01	Gesundheitsförderung	300 530 000	-245.572,65	-219.107,30	- 26.465,35
414 02	Gutachten und Stellungnahmen	300 530 000	-184.412,02	-160.230,86	- 24.181,16
414 03	Gesundheitshilfe	300 530 000	-1.434.852,13	-1.439.296,15	+ 4.444,02
414 04	Gesundheitsschutz	300 530 000	-533.599,92	-633.748,95	+ 100.149,03

PrZiffer	Produktbezeichnung	Budget	AO 2010	AO 2009	Diff. 10/09
537 02	Überwachung der Abfallentsorgung	400 600 001	-210.371,86	-88.985,99	- 121.385,87
561 01	Bodenschutz / Altlasten / Abgrabungen	400 600 001	-214.997,03	-222.045,05	+ 7.048,02
562 01	Immissionsschutz	400 600 001	-18.387,22	-38.975,75	+ 20.588,53
511 01	Landes-, Regional- und Raumordnung, Kreisentwicklungsplanung, Fachaufsicht und koordinierende Stelle	400 600 002	-166.092,64	-161.150,02	- 4.942,62
547 01	ÖPNV-Aufgabenträger	400 600 002	-1.127,00	1.127,00	- 2.254,00
552 01	Wasseraufsicht und Wasserbau	400 600 003	-1.207.451,33	-1.167.530,56	- 39.920,77
554 02	Natur- und Landschaftsschutz, Landschaftsplanung	400 600 004	-850.295,12	-960.184,12	+ 109.889,00
511 03	Geoinformation	400 620 000	-2.356.325,80	-2.240.554,92	- 115.770,88
511 04	Grundstückswerte	400 620 000	-308.450,36	-286.240,05	- 22.210,31
521 01	Bau- und Grundstücksordnung	400 630 001	-311.097,13	-259.868,18	- 51.228,95
523 01	Denkmalschutz und Denkmalpflege	400 630 001	-52.129,22	-45.293,60	- 6.835,62
522 01	Wohnungsbauförderung	400 630 002	-372.131,83	-339.109,73	- 33.022,10
542 01	Neubau und Unterhaltung von Straßen	400 660 000	-5.650.240,47	-5.080.180,48	- 570.059,99
545 01	Winterdienst	400 660 000	-684.788,81	-498.539,06	- 186.249,75
111 05	Rechnungsprüfung	500 140 000	-484.642,27	-428.305,03	- 56.337,24
111 21	Verwaltungsleistung als Kreispolizeibehörde	500 310 000	-498.984,27	-506.011,13	+ 7.026,86
571 01	Unternehmensorientierte Dienstleistungen	500 800 000	-175.224,61	-150.447,18	- 24.777,43
571 02	Beschäftigungsorientierte Dienstleistungen	500 800 000	-69.724,19	-63.940,74	- 5.783,45
571 04	Strukturentwicklung	500 800 000	-1.208.282,51	-1.018.125,47	- 190.157,04
571 05	Gründungsorientierte Dienstleistungen	500 800 000	-104.038,23	-98.393,95	- 5.644,28
111 03	Gleichstellung	500 850 000	-36.144,64	-31.364,25	- 4.780,39
111 17	TUIV	600 100 001	0,00	0,00	+ 0,00
111 19	Immobilienmanagement	600 100 002	-659.986,21	-222.965,90	- 437.020,31
111 08	Druckerei	600 100 003	0,00	0,00	+ 0,00
127 01	Notfallrettung	600 380 000	39.334,43	34.011,99	+ 5.322,44
127 02	Krankentransport	600 380 000	8.279,77	6.212,60	+ 2.067,17
122 07	Schlachttieruntersuchungen	600 390 000	70.984,34	15.391,90	+ 55.592,44
271 01	Veranstaltungen	600 430 000	44.030,56	-46.109,09	+ 90.139,65
271 02	Besondere Dienstleistungen der Volkshochschule	600 430 000	22.475,86	17.184,31	+ 5.291,55
111 11	Tankstellen	600 600 001	-6.449,94	15.823,88	- 22.273,82
547 02	Verkehrsunternehmen	600 600 002	62.066,87	-1.354.648,90	+ 1.416.715,77
537 03	DSD	600 600 003	11.480,33	2.956,84	+ 8.523,49
537 01	Beseitigung und Verwertung von Abfällen	600 660 001	141.556,26	167.493,62	- 25.937,36
537 04	Stilllegung und Nachsorge	600 660 002	0,00	0,00	+ 0,00
111 10	Dienstleistungen des Bauhofs	600 660 004	750,00	0,00	+ 750,00
Ergebnis			3.719.825,71	-1.482.643,10	+ 5.202.468,81

Die Ergebnisse der Produkte weichen wie folgt **von den Veranschlagungen** im Haushalt ab:

PrZiffer	Produktbezeichnung	Budget	Plan 2010	AO 2010	Differenz
611 01	Steuern, Zuweisungen, Umlagen	000 000 000	98.009.400	87.685.489,62	- 10.323.910,38
612 01	Laufende Verwaltungstätigkeit	000 000 000	8.705.600	7.690.615,84	- 1.014.984,16
111 04	Beschäftigtenvertretung	100 100 000	-94.500	-97.146,25	- 2.646,25
111 07	Verwaltungsarchiv	100 100 000	-121.400	-124.975,26	- 3.575,26
111 09	Sonstige Zentrale Dienste	100 100 000	-637.300	-677.987,51	- 40.687,51
111 13	Personalmanagement	100 100 000	-4.320.600	-4.879.940,17	- 559.340,17
111 16	Organisationsangelegenheiten	100 100 000	-214.000	-145.618,52	+ 68.381,48
272 01	Historische Kreisbibliothek	100 100 000	-123.500	-114.421,75	+ 9.078,25
111 01	Politische Gremien des Kreises	100 130 001	-900.300	-909.826,76	- 9.526,76
111 02	Verwaltungsführung	100 130 001	-628.300	-642.299,29	- 13.999,29
111 12	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	100 130 001	-237.600	-228.172,39	+ 9.427,61
243 04	Medienzentrum	100 130 002	-207.800	-184.185,43	+ 23.614,57
281 01	Kulturförderung	100 130 003	-273.500	-264.487,98	+ 9.012,02
421 01	Sportförderung	100 130 003	-75.900	-45.050,99	+ 30.849,01
111 06	Zentrale Vergabestelle	100 150 000	-140.000	-83.339,29	+ 56.660,71
111 20	Kommunalaufsicht	100 150 000	-138.000	-151.400,08	- 13.400,08
121 01	Wahlen	100 150 000	-28.000	-62.543,17	- 34.543,17
121 02	Zensus	100 150 000	0	-15.962,66	- 15.962,66
111 14	Finanzsteuerung und -management	100 200 000	-450.400	-470.538,39	- 20.138,39
111 15	Kasse	100 200 000	-798.000	-682.036,47	+ 115.963,53
111 18	Rechtsangelegenheiten	200 320 000	-185.900	-196.958,07	- 11.058,07
122 01	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	200 320 000	-303.300	-259.101,37	+ 44.198,63
122 13	Bußgeldverfahren	200 320 000	1.651.400	2.275.194,61	+ 623.794,61
122 19	Aufenthaltsregelung	200 320 000	-374.100	-367.043,37	+ 7.056,63
122 12	Verkehrsregelung und -lenkung	200 360 000	-111.100	-121.828,73	- 10.728,73
122 14	Fahrerlaubnisse	200 360 000	-208.700	-203.290,18	+ 5.409,82
122 15	Erlaubnis zur Personen- und Güterbeförderung	200 360 000	-16.900	-40.287,86	- 23.387,86
122 16	Zulassung	200 360 000	340.100	781.573,09	+ 441.473,09
122 20	Verkehrserziehung und -aufklärung	200 360 000	-68.700	-64.074,23	+ 4.625,77
126 01	Brandbekämpfung und Bevölkerungsschutz	200 380 000	-1.082.300	-1.142.701,33	- 60.401,33
122 04	Lebensmittel- und Hygieneüberwachung	200 390 000	-791.300	-753.156,01	+ 38.143,99
122 08	Tierseuchenbekämpfung	200 390 000	-489.000	-504.791,55	- 15.791,55
122 11	Tierschutz und Tiergesundheit	200 390 000	-253.400	-238.661,49	+ 14.738,51
242 01	Regionale Schulberatungsstelle	300 400 001	-159.100	-155.624,19	+ 3.475,81
243 01	Schulverwaltung	300 400 001	631.100	735.466,07	+ 104.366,07
243 02	Schulamt für den Kreis Euskirchen	300 400 001	-313.900	-288.153,37	+ 25.746,63
351 01	BAFÖG	300 400 001	-102.700	-138.699,85	- 35.999,85
231 01	Thomas-Eßer-Berufskolleg	300 400 002	-2.615.500	-2.346.822,08	+ 268.677,92
231 02	Berufskolleg Eifel	300 400 003	-2.144.100	-2.091.894,15	+ 52.205,85
221 01	Hans-Verbeek-Schule	300 400 004	-970.300	-904.560,00	+ 65.740,00
221 02	St. Nikolaus-Schule	300 400 005	-730.800	-694.466,84	+ 36.333,16
221 04	Don-Bosco-Schule	300 400 008	-161.700	-152.330,33	+ 9.369,67
322 01	Leistungen für Schwerbehinderte nach SGB IX	300 500 001	-28.800	-153.800,02	- 125.000,02
331 01	Förderung von Trägern der Wohlfahrtsverbände	300 500 001	-410.600	-349.992,46	+ 60.607,54

PrZiffer	Produktbezeichnung	Budget	Plan 2010	AO 2010	Differenz
343 04	Heimaufsicht	300 500 001	-171.500	-131.105,90	+ 40.394,10
343 06	Betreuung nach dem Betreuungsgesetz	300 500 001	-284.700	-319.725,23	- 35.025,23
311 01	Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII)	300 500 004	-875.000	-982.242,75	- 107.242,75
311 03	Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen (SGB XII)	300 500 004	-115.400	-140.640,30	- 25.240,30
311 05	Pflegewohngeld (PfG NW)	300 500 004	-5.079.600	-5.098.006,33	- 18.406,33
311 06	Leistungen nach dem Wohngeldgesetz (WoGG)	300 500 004	-12.500	-9.831,11	+ 2.668,89
311 08	Grundsicherungsstg. nach SGB XII	300 500 004	-5.025.100	-4.979.817,76	+ 45.282,24
343 01	Leistungen bei Krankheit (SGB XII)	300 500 004	-968.300	-859.108,48	+ 109.191,52
343 02	Leistungen bei Behinderung (SGB XII)	300 500 004	-1.159.900	-1.320.461,58	- 160.561,58
343 03	Leistungen bei Pflegebedürftigkeit (SGB XII)	300 500 004	-5.327.300	-5.213.793,59	+ 113.506,41
312 01	Grundsicherungsstg. nach SGB II	300 500 005	-18.249.500	-4.291.197,69	+ 13.958.302,31
312 03	Personalleistungen des Kreises im Jobcenter	300 500 005	0	-258.594,11	- 258.594,11
368 01	Elterngeld und Elternzeit nach dem Bundeselterngeld- und -zeitgesetz	300 500 006	-67.500	-69.211,30	- 1.711,30
341 01	Unterhaltsvorschussleistungen	300 510 001	-1.126.300	-1.289.530,20	- 163.230,20
363 01	Erziehungsberatung	300 510 001	-608.900	-507.207,83	+ 101.692,17
363 02	Beratungen (§§ 17, 18 SGB VIII)	300 510 001	-301.100	-298.346,91	+ 2.753,09
363 03	Mitwirkung in Verfahren vor dem Familiengericht	300 510 001	-348.300	-353.175,68	- 4.875,68
363 04	Mitwirkung in Verfahren vor dem Jugendgericht	300 510 001	-220.600	-233.304,90	- 12.704,90
363 05	Beistandschaften, Amtspflegschaften, Amtsvormundschaften	300 510 001	-506.200	-438.112,18	+ 68.087,82
363 06	Adoptionsvermittlung	300 510 001	-43.100	-45.764,81	- 2.664,81
362 01	Kinder- und Jugendarbeit in/außerhalb von Einrichtungen	300 510 002	-677.600	-572.785,24	+ 104.814,76
362 02	Jugendsozialarbeit; Kinder- und Jugendschutz	300 510 002	-404.900	-355.652,19	+ 49.247,81
362 03	Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie	300 510 002	-201.700	-186.697,91	+ 15.002,09
361 01	Tagespflege	300 510 004	-707.900	-477.407,81	+ 230.492,19
363 09	Ambulante Hilfe zur Erziehung	300 510 003	-2.676.000	-3.024.498,28	- 348.498,28
363 10	Hilfen zur Erziehung (stationär/teilstationär)	300 510 003	-12.066.400	-12.392.671,43	- 326.271,43
365 01	Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder	300 510 004	-12.841.300	-13.006.611,19	- 165.311,19
414 01	Gesundheitsförderung	300 530 000	-230.700	-245.572,65	- 14.872,65
414 02	Gutachten und Stellungnahmen	300 530 000	-177.800	-184.412,02	- 6.612,02
414 03	Gesundheitshilfe	300 530 000	-1.552.000	-1.434.852,13	+ 117.147,87
414 04	Gesundheitsschutz	300 530 000	-667.900	-533.599,92	+ 134.300,08
537 02	Überwachung der Abfallentsorgung	400 600 001	-147.100	-210.371,86	- 63.271,86
561 01	Bodenschutz / Altlasten / Abgrabungen	400 600 001	-234.900	-214.997,03	+ 19.902,97
562 01	Immissionsschutz	400 600 001	-35.900	-18.387,22	+ 17.512,78
511 01	Landes-, Regional- und Raumordnung, Kreisentwicklungsplanung, Fachaufsicht und koordinierende Stelle	400 600 002	-189.700	-166.092,64	+ 23.607,36
547 01	ÖPNV-Aufgabenträger	400 600 002	-16.700	-1.127,00	+ 15.573,00

PrZiffer	Produktbezeichnung	Budget	Plan 2010	AO 2010	Differenz
552 01	Wasseraufsicht und Wasserbau	400 600 003	-1.264.100	-1.207.451,33	+ 56.648,67
554 02	Natur- und Landschaftsschutz, Landschaftsplanung	400 600 004	-1.022.000	-850.295,12	+ 171.704,88
511 03	Geoinformation	400 620 000	-2.402.100	-2.356.325,80	+ 45.774,20
511 04	Grundstückswerte	400 620 000	-300.800	-308.450,36	- 7.650,36
521 01	Bau- und Grundstücksordnung	400 630 001	-499.700	-311.097,13	+ 188.602,87
523 01	Denkmalschutz und Denkmalpflege	400 630 001	-46.100	-52.129,22	- 6.029,22
522 01	Wohnungsbauförderung	400 630 002	-367.700	-372.131,83	- 4.431,83
542 01	Neubau /Unterhaltung von Straßen	400 660 000	-5.861.500	-5.650.240,47	+ 211.259,53
545 01	Winterdienst	400 660 000	-531.600	-684.788,81	- 153.188,81
111 05	Rechnungsprüfung	500 140 000	-447.000	-484.642,27	- 37.642,27
111 21	Verwaltungsleistung als Kreispolizeibehörde	500 310 000	-501.700	-498.984,27	+ 2.715,73
571 01	Unternehmensorientierte Dienstleistungen	500 800 000	-168.600	-175.224,61	- 6.624,61
571 02	Beschäftigungsorientierte Dienstleistungen	500 800 000	-72.700	-69.724,19	+ 2.975,81
571 04	Strukturentwicklung	500 800 000	-1.419.800	-1.208.282,51	+ 211.517,49
571 05	Gründungsorientierte Dienstleistungen	500 800 000	-117.500	-104.038,23	+ 13.461,77
111 03	Gleichstellung	500 850 000	-34.300	-36.144,64	- 1.844,64
111 17	TUIV	600 100 001	-2.000	0,00	+ 2.000,00
111 19	Immobilienmanagement	600 100 002	-32.800	-659.986,21	- 627.186,21
111 08	Druckerei	600 100 003	0	0,00	+ 0,00
127 01	Notfallrettung	600 380 000	-15.000	39.334,43	+ 54.334,43
127 02	Krankentransport	600 380 000	0	8.279,77	+ 8.279,77
122 07	Schlacht tieruntersuchungen	600 390 000	0	70.984,34	+ 70.984,34
271 01	Veranstaltungen	600 430 000	34.100	44.030,56	+ 9.930,56
271 02	Besondere Dienstleistungen der Volkshochschule	600 430 000	27.300	22.475,86	- 4.824,14
111 11	Tankstellen	600 600 001	0	-6.449,94	- 6.449,94
547 02	Verkehrsunternehmen	600 600 002	-668.200	62.066,87	+ 730.266,87
537 03	DSD	600 600 003	0	11.480,33	+ 11.480,33
537 01	Beseitigung und Verwertung von Abfällen	600 660 001	0	141.556,26	+ 141.556,26
537 04	Stilllegung und Nachsorge	600 660 002	0	0,00	+ 0,00
111 10	Dienstleistungen des Bauhofs	600 660 004	0	750,00	+ 750,00
Ergebnis			-606.800	3.719.825,71	+ 4.326.625,71

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen entwickeln sich dabei wie folgt:

	JR 2010	HH 2010	Diff.
Zeile 11 - Personalaufwendungen	34.117.485,77	33.819.900	+ 297.585,77
Zeile 12 - Versorgungsaufwendungen	3.928.005,33	3.170.000	+ 758.005,33
Summe	38.045.491,10	36.989.900	+ 1.055.591,10

	JR 2009	JR 2010	Diff. 10/09
Zeile 11 - Personalaufwendungen	32.365.536,15	34.117.485,77	+ 1.751.949,62
Zeile 12 - Versorgungsaufwendungen	4.531.083,44	3.928.005,33	- 603.078,11
Summe	36.896.619,59	38.045.491,10	+ 1.148.871,51

Es ergibt sich eine Steigerung der Personal- und Versorgungsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr von 3,1 %.

Den Haushaltsansätzen 2010 lag eine Personalkostendeckelung zugrunde. Die Steigerungen basieren auf tariflichen und Besoldungserhöhungen sowie Erhöhungen im drittfinanzierten Bereich, im Jugendamt und verschiedenen Aufgabenerweiterungen, die zuvor politisch beschlossen wurden.

Besondere Abweichungen ergeben sich bei folgenden Einzelpositionen:

Zinserträge

Die Zinserträge blieben um ca. 260 T€ hinter den Veranschlagungen im Haushalt zurück (entspricht 5,3 %), da sich die Annahmen im Hinblick auf das Zinsniveau im Nachhinein als zu optimistisch erwiesen haben.

Einheitslasten

Nicht im Haushalt eingeplant waren Belastungen für Einheitslasten, für die mit 125 T€ eine Rückstellung zu bilden war, da am 04.02.2010 das Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW vom Landtag beschlossen wurde.

Schlüsselzuweisungen

Gegenüber der Veranschlagung im Haushalt ergab sich ein Mehrertrag von ca. 590 T€, da das Land zu einem späten Zeitpunkt (Dezember 2010) ein Nachtrags-GFG verabschiedet hat, das eine Erhöhung der zu verteilenden Mittel zum Inhalt hatte.

Bußgelder

Aufgrund von Mehrerträgen erzielte das Produkt 122 13 gegenüber dem Ansatz eine Verbesserung von ca. 335 T€.

Zulassung

Im Haushaltsjahr war eine deutliche Steigerung der Geschäftsvorfälle gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, woraus sich eine Verbesserung des Produktes 122 16 gegenüber dem Ansatz von ca. 270 T€ ergab.

Wohngeldersparnis

Einmalige Zuweisung an die Städte und Gemeinden

Zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf die o.g. Ausführungen verwiesen (Nachteilsausgleich; Änderung des Verteilungsschlüssels infolge des Urteils des Verfassungsgerichtshofes).

Soziales

Abgesehen von der Wohngeldersparnis gab es gegenüber dem Ansatz positive und negative Abweichungen in den Leistungsbereichen, die sich in etwa die Waage halten.

Jugendbereich

Gegenüber dem Ansatz ergeben sich im Wesentlichen Verschlechterungen bei den Hilfen zur Erziehung (0,7 Mio. €), bei den Kindertageseinrichtungen (0,2 Mio. €) und beim UVG (0,2 Mio. €) sowie Verbesserungen bei der Tagespflege (0,2 Mio. €). Das Jugendbudget 300 510 schließt insgesamt mit einer Verschlechterung von ca. 0,5 Mio. € gegenüber dem Ansatz ab.

Immobilienmanagement

Es entstand eine Netto-Sonderabschreibung in Höhe von 0,5 Mio. € aufgrund des Verkaufs der Nebenstelle Schleiden.

ÖPNV

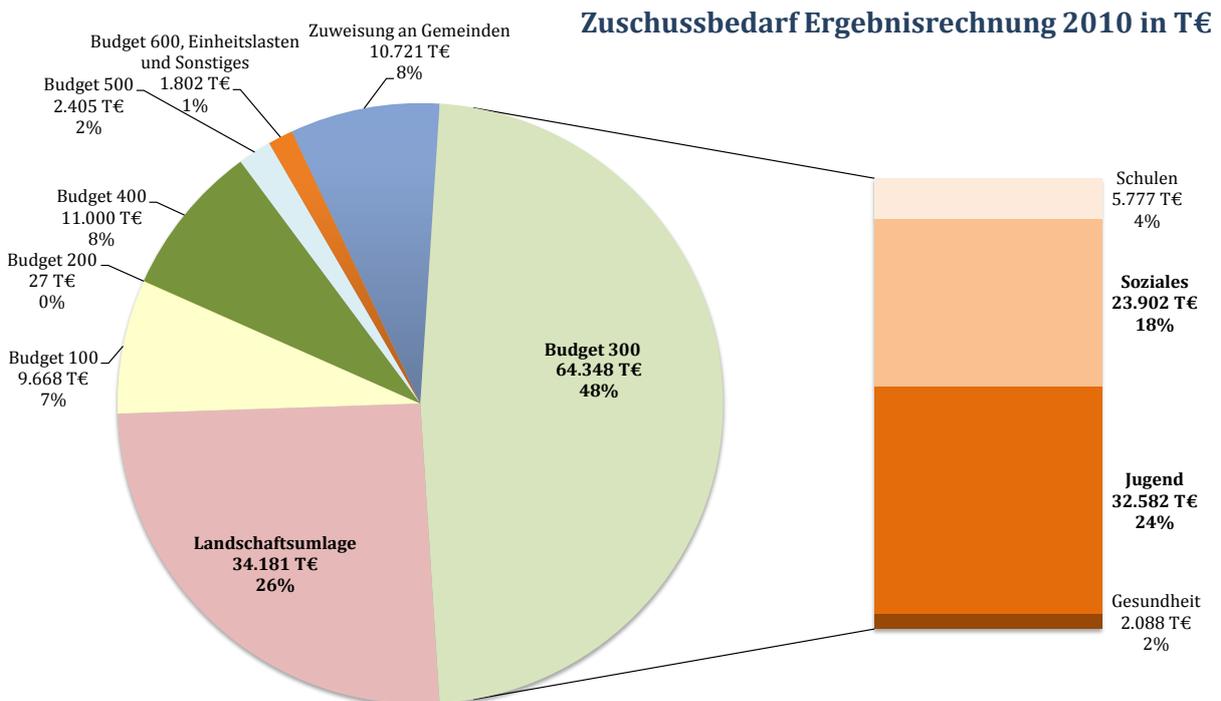
Bei Produkt 547 02 ergibt sich gegenüber der Haushaltsplanung eine Verbesserung in Höhe von ca. 730 T€, die sich aus einer höheren ene-Dividende, einer höheren ÖPNV-Pauschale sowie einer kostengünstigeren Abrechnung der Verkehrsleistungen ergab.

Abfallbeseitigung

Die Erträge aus der Zinsverpflichtung konnten in 2010 entgegen der Planannahmen die Aufwendungen der Stilllegung und Nachsorge vollständig abdecken, so dass keine Inanspruchnahme der Rückstellung erforderlich war. Der darüber hinaus entstandene Ertrag diente dazu, die Auflösung der Sonderposten für den Gebührenaussgleich entsprechend zu mindern.

Betrachtet man den Zuschussbedarf der Ergebnisrechnung, ergibt sich folgendes Bild:

Budget 100	9.668.248,50	7,2%
Budget 200	26.724,35	0,0%
Budget 300		
Schulen	5.776.623,79	4,3%
Soziales	23.901.635,46	17,8%
Jugend	32.581.641,97	24,3%
Gesundheit	2.087.782,30	1,6%
Summe Budget 300	64.347.683,52	48,0%
Budget 400	10.999.549,09	8,2%
Budget 500	2.404.509,05	1,8%
Budget 600	1.675.522,88	1,2%
Landschaftsumlage	34.181.050,00	25,5%
ELAG	125.000,00	0,1%
Zuweisung an Gemeinden	10.720.917,03	8,0%
Sonstiges	1.094,54	0,0%
Summe	134.150.298,96	

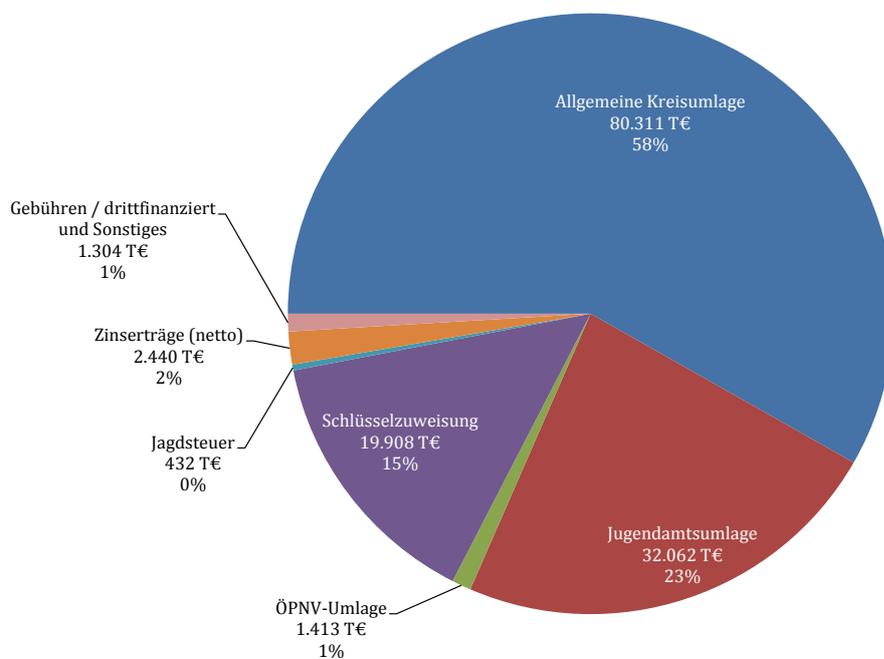


Dieser Zuschussbedarf wird wie folgt gedeckt:

Kreisumlage	80.310.730,05	58,3%
Jugendamtsumlage	32.062.110,95	23,3%
ÖPNV-Umlage	1.412.688,00	1,0%
Schlüsselzuweisung	19.907.724,00	14,4%
Jagdsteuer	432.236,36	0,3%
Zinserträge (netto)	2.440.493,69	1,8%
Gebühren / drittfinanziert	1.214.241,62	0,9%
Sonstiges	89.900,00	0,1%
Summe	137.870.124,67	

davon:		
Zuführung Ausgleichsrücklage	-3.719.825,71	-2,7%
	134.150.298,96	

Deckung des Zuschussbedarfs 2010 (Jahresrechnung)



Der investive Bereich wird vom Kreisstraßenbau dominiert, der in aller Regel zum großen Teil durch Landeszuweisungen begleitet wird. Darüber hinaus wurden Investitionen in gebührenfinanzierten Bereichen getätigt. Außerhalb dieser Bereiche wurde in den Vorjahren als wesentliche Maßnahme der Kreishausanbau durchgeführt.

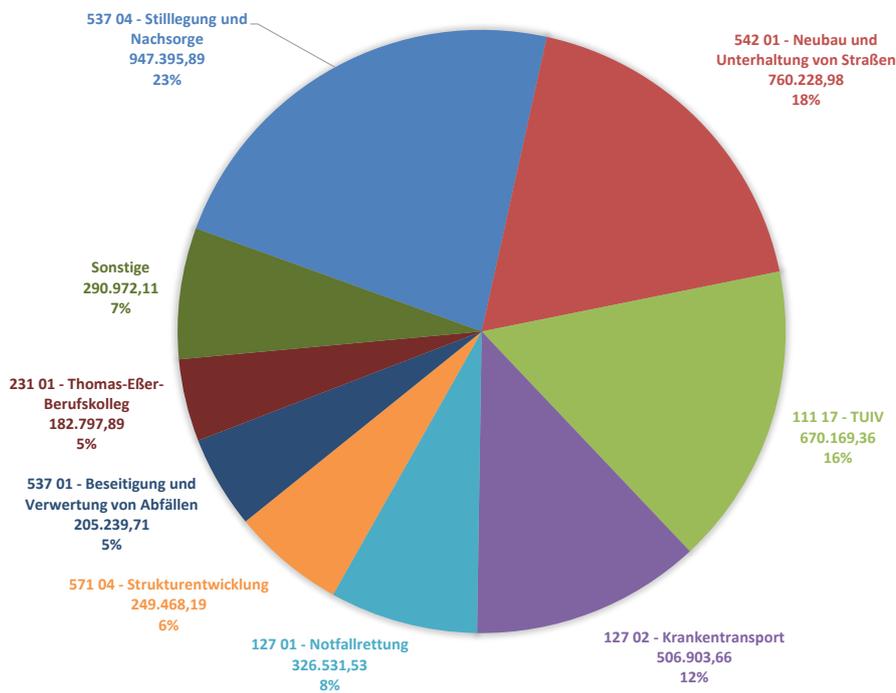
Im Vergleich zu den Haushaltsansätzen ist festzustellen, dass in der Regel die Ermächtigungen nicht ausgeschöpft wurden. Dies betrifft insbesondere die Kreisstraßen (Diff. zum Ansatz: 1,4 Mio. € netto), die EDV (0,4 Mio. €) sowie die Stilllegung/Nachsorge (0,5 Mio. €). Bei den Kindertageseinrichtungen ergab sich ein positives Saldo von 1,4 Mio. €, da am 28.12.2010 eine Landeszuweisung einging, die erst in den Folgejahren verwendet werden konnte.

Einer Netto-Ermächtigung von 6,1 Mio. € stand am Ende eine Inanspruchnahme durch tatsächliche Auszahlungen abzgl. tatsächlicher Einzahlungen von 1,0 Mio. € gegenüber.

Schwerpunkt dieses Saldos aus Investitionstätigkeit waren Stilllegung/Nachsorge mit 0,9 Mio. € und der Kreisstraßenbau mit 0,8 Mio. €, gefolgt von EDV-Investitionen in Höhe von 0,7 Mio. €, Rettungsdienst mit 0,8 Mio. €. Enthalten im Saldo sind ferner auf der Einzahlungsseite die investiven Pauschalen nach dem GFG in Höhe von ca. 1,6 Mio. € sowie das positive Saldo bei den Kindertagesstätten (1,4 Mio. €) und im Immobilienmanagement (0,1 Mio. €), letzteres begründet durch den Verkauf der Nebenstelle Schleiden.

Bei den Kreisstraßen standen Auszahlungen in Höhe von 2,3 Mio. € Einzahlungen von 1,5 Mio. € gegenüber.

SALDO AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT 2010 - BEDARFSPRODUKTE



4. Vorgänge von besonderer Bedeutung seit dem 01.01.2010

Der Kreistag hat seit dem 01.01.2009 die Fortführung des **Personalausgabeneinsparkonzeptes** beschlossen sowie eine weitere Aufgabenkritik durchgeführt. Die Gemeindeprüfungsanstalt hat 2011 ihre zweite überörtliche Prüfung abgeschlossen.

Die **sozialen Lasten** sind im Wesentlichen auch nach dem 31.12.2010 weiter gestiegen. Dies gilt insbesondere für die Leistungen der Hilfe zur Pflege und des Pflegegeldes.

Das Land hat 2010 aufgrund eines verlorenen Klageverfahrens rückwirkend die **Verteilung der Wohngeldersparnis** (AG-SGB II) neu geregelt (s.o.). Es ist festzustellen, dass sich die Landeszuweisungen aus der Wohngeldersparnis seither deutlich gegenüber den früheren Festsetzungen erhöht haben.

Der Bund hat am 25.02.2011 das Gesetz zur Ermittlung des Regelbedarfes und zur Änderung des SGB II und SGB XII beschlossen. Es beinhaltet neben Änderungen im Bereich der Kosten der Unterkunft (SGB II) bereits ab 2011 das Bildungs- und Teilhabepaket sowie ab 2012 eine schrittweise Erhöhung der **Bundesbeteiligung an der Grundsicherung nach dem SGB XII**. Ergebnis des dem Gesetz zugrunde liegenden Vermittlungsverfahrens war, dass sich die Quote der Bundesbeteiligung wie folgt erhöht: in 2012: 45%, 2013: 75% und ab 2014: 100%. Mit dieser Übernahme der Grundsicherungskosten durch den Bund ist eine erhebliche Entlastung für den Kreis Euskirchen verbunden, die insbesondere auch deshalb von Bedeutung ist, da die Grundsicherung zu den weiter steigenden Leistungsarten zählt.

Kreisstadt Euskirchen und Kreis Euskirchen haben 2010 die Fusion der beiden **Volkshochschulen** zum 01.01.2014 beschlossen. Die Aufgabe der Volkshochschule wird dann mit dem Ziel der Erhöhung der Wirtschaftlichkeit von der Kreisstadt Euskirchen auf den Kreis Euskirchen übertragen.

Der Kreistag hat 2014 beschlossen, mit der Matthias-Hagen-Schule zum 01.08.2015 eine **Förderschule** von der Kreisstadt Euskirchen zu übernehmen.

Auch seit dem 01.01.2010 ist eine Vielzahl an **Standards** landes- oder bundesseitig erhöht worden, ohne dass es einen Ausgleich zu verzeichnen gibt. Teilweise ergeben sich kleinere, teilweise aber auch größere Aufgabenausweitungen, die die Erhöhung der personellen Ressourcen zur Folge haben. Als Beispiel seien die Neuregelungen im Bereich des Vormundschaftsrechts (gesetzlicher Personalschlüssel) genannt.

Besondere Bedeutung hat auch das Leuchtturmprojekt **Vogelsang**. Nach einer längeren Phase der Unsicherheit konnte Ende 2011 der Gesamtzuwendungsbescheid des Landes entgegen genommen werden.

Mit Gründung des **Zweckverbandes Region Aachen** ab dem 01.01.2013 wurde eine Neuordnung der regionalen Strukturen umgesetzt.

Der Kreistag hat im Juli 2011 den Grundsatzbeschluss gefasst, auch unter Reduzierung des aktuellen 50%-Anteils den Städten und Gemeinden die Beteiligung an der **Energie Nordifel GmbH & Co. KG** zu ermöglichen. Dieser Grundsatzbeschluss wurde 2012 und 2013 dahingehend konkretisiert, dass der Anteil des Kreises auf 33% sinken soll.

Änderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz, insbesondere die Änderung des Soziallastenansatzes, führten dazu, dass der Kreis Euskirchen ab 2011 höhere **Schlüsselzuweisungen** erhält. Im Hinblick auf die Städte und Gemeinden als Umlagezahler ist allerdings zu ergänzen, dass deren Verluste aufgrund der Änderung des Soziallastenansatzes deutlich höher sind.

Die **Haushaltssatzungen** der Jahre 2009 bis 2013 wurden ausgeglichen aufgestellt. Lediglich zur Abwicklung früherer Überschüsse bei der ÖPNV-Umlage wurde die Ausgleichsrücklage planmäßig in Anspruch genommen. Der Kreistag hat beschlossen, im Haushalt 2014 die Ausgleichsrücklage zur Deckung des Zuschussbedarfs in Höhe von ca. 3 Mio. € in Anspruch zu nehmen. Die Arbeiten an den jeweiligen Jahresabschlüssen seit 2011 sind noch nicht abgeschlossen.

5. Chancen und Risiken

Die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Kreises Euskirchen lassen sich wie folgt beschreiben.

Finanzielle Risiken ergeben sich aus der **Entwicklung der sozialen Lasten**. Bedingt bzw. beeinflusst durch Gesetzgebung (insb. Höhe der Bundeserstattung nach dem SGB II), Konjunktur (insb. Grundsicherung nach dem SGB II), Demografie (insb. Hilfe zur Pflege und Pflegegeld sowie Landschaftsumlage) und gesellschaftliche Entwicklung (ins. Jugendhilfe) ist nicht auszuschließen, dass die Sozialaufwendungen auch künftig weiter steigen werden. Diese finanziellen Risiken werden abgemildert durch erhöhte Landeszuweisungen aus der Wohngeldersparnis sowie die bundeseitige Übernahme der Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII. Ob und wann es zu weiteren finanziellen Entlastungen im Hinblick auf die Eingliederungshilfe kommen wird, bleibt abzuwarten.

Die Höhe der **Landeszuweisungen aus der Wohngeldersparnis** ist aufgrund des Verteilungssystems jeweils schwer prognostizierbar. Es ergeben sich damit automatisch Risiken (bzw. Chancen) für den jeweiligen Jahresabschluss.

Zu erwähnen ist weiter das **Zinsänderungsrisiko**. Aufgrund des hohen Betrages an Geldanlagen sind die Auswirkungen der am Markt zu erzielenden Zinssätze für die jährliche Haushaltswirtschaft und damit für die Kreisumlage nicht unerheblich. Umgekehrt birgt eine positive Marktentwicklung Chancen zur Haushaltsverbesserung.

Derivate Finanzgeschäfte wurden nicht eingegangen, so dass sich hieraus keine Risiken ergeben.

Allgemeine Risiken bestehen nach wie vor im Nichteinhalten des **Konnextitätsprinzips**. Sowohl in der Bundes- als auch der Landesgesetzgebung werden beim Setzen von Standards bzw. bei der Erweiterung des Aufgabenspektrums die finanziellen Verhältnisse der Kommunen oftmals missachtet. Es bleibt abzuwarten, ob und wann ein Umdenken stattfindet.

Die **landespolitischen Entwicklungen zu den Kommunalfinzen** (Stärkungspakt, GFG, Gutachten Junkernheinrich/Lenk) bleiben nicht ohne Auswirkungen auf den Kreis Euskirchen. Ob tatsächlich die Chance besteht, dass bundes- und landeseitig die chronische Unterfinanzierung der Kommunen beseitigt wird, darf angesichts der jüngsten Entwicklungen bezweifelt werden. Dass sich daraus für den Kreishaushalt geringere Erträge ergeben, wird derzeit nicht erwartet.

Die **demografische Entwicklung** lässt sich in Kürze mit den Begriffen „Weniger – Bunter – Älter“ beschreiben, die auch im Kreis Euskirchen zutreffen. Der Rückgang der Bevölkerungszahl, die Zunahme der Älteren sowie der Rückgang der Kinderzahlen sind bereits in den letzten Jahren Realität geworden. Die Prognosen lassen erwarten, dass sich die Entwicklung nicht umkehren wird. Um den Risiken, die die demografische Entwicklung mit sich bringt, zu begegnen, wurde ein intensiver Demografieprozess begonnen. Es gilt, Antworten auf die Entwicklung zu finden. Ein erster wichtiger Schritt ist das Leitziel des familienfreundli-

chen Kreises Euskirchen. Die allgemeinen Entwicklungschancen, die sich aus diesem Leitziel sowie den weiteren Ergebnissen des Demografieprozesses ergeben, führen andererseits dazu, dass entsprechende finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen.

Die **Schulentwicklung** ist allgemein von einem Rückgang der Schülerzahlen geprägt. Bezogen auf die kreiseigenen Förderschulen bleibt abzuwarten, wie sich die Inklusion auswirken wird. Sollte sich eine hohe Zahl an Eltern für die Regelbeschulung entscheiden, dürfte die heterogene Förderschullandschaft vor grundlegenden Veränderungen stehen.

Die Entwicklung im **Kindergartenbereich** ist von erhöhten Anforderungen geprägt. Besteht damit einerseits die Chance, den Bedürfnissen der Einwohnerschaft gerecht zu werden und insbesondere den beruflichen Zugang zu verbessern, ergeben sich andererseits bedeutsame finanzielle Auswirkungen auf den Kreishaushalt. Insbesondere der Ausbau des U-3-Angebots führt zu erheblichen kreisumlagerungsbedingten Mehraufwendungen.

Die **ÖPNV-Umlage**, über die die kreisangehörigen Kommunen den Aufwand des Kreises für die Sicherstellung des ÖPNV-Angebotes finanzieren, wird in den nächsten Jahren voraussichtlich ansteigen. So bewirkt der Rückgang der Schülerzahlen im Kreis Euskirchen deutliche Einnahmerückgänge bei den Verkehrsunternehmen. Die Konzentration von Schulstandorten, die Ausweitung von Nachmittagsunterricht und hohe Dieseleinkaufspreise führen hingegen zu erhöhten Kosten. Gleichzeitig lässt u.a. der Anstieg der älteren Generation, die auf öffentliche Mobilitätsangebote angewiesen ist, wenig Spielraum für Angebotsreduzierungen.

Eine örtliche Besonderheit für den Kreishaushalt ist die **Zentrale Mülldeponie** in Mechenich, die mittlerweile geschlossen ist. Während der Betriebsphase wurden Gebühren zum Zwecke der späteren Nachsorge und Rekultivierung angesammelt. Aus diesem erheblichen Gebührenaufkommen wurden über innere Darlehen Investitionsmaßnahmen finanziert. Aus der Eröffnungsbilanz ist ersichtlich, dass den Deponierückstellungen sowie den Pensionsrückstellungen derzeit nicht liquide Mittel in entsprechender Höhe gegenüber stehen. Die in der Bilanz ausgewiesenen Geldanlagen sind für die Erfüllung der Rückstellungen erforderlich. Da insbesondere bei den Deponierückstellungen ein laufender Liquiditätsbedarf besteht, ist mittelfristig der Aufbau von Liquidität notwendig.

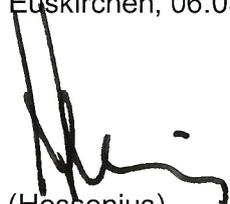
Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung des Kreises Euskirchen hat sich der Kreis in zwei Leuchtturmprojekten engagiert:

In **Vogelsang** geht es um die Konversion einer historisch bedeutsamen Fläche. Unter erheblichem Ressourceneinsatz des Kreises Euskirchen, des Landschaftsverbandes Rheinland und der gesamten Region werden der Region bedeutsame Entwicklungschancen eröffnet. Risiken sind insbesondere finanzieller Natur, die sich aus dem komplexen Geflecht der EU-, Bundes- und Landesförderung sowie der damit zusammenhängenden Zwischenfinanzierung ergeben.

Bei der **Landesentwicklungsfläche Euskirchen/Weilerswist** („Prime Site Rhine Region“) engagiert sich der Kreis Euskirchen in erheblichem Maße. Der Ankauf der Flächen wird durch das Land Nordrhein-Westfalen sowie eine von den Trägern Stadt Euskirchen, Gemeinde Weilerswist und Kreis Euskirchen gegründete Anstalt öffentlichen Rechts (LEP-AöR) finanziert. Da das Engagement des Landes limitiert ist, bestehen insofern Risiken für die drei Kommunen. Das Projekt ist insgesamt darauf angelegt, dass ein Großvorhaben realisiert werden soll. Die Chance besteht im Gelingen und damit in der Schaffung einer erheblichen Zahl an Arbeitsplätzen, die der gesamten Region einen enormen Schub der Wirtschaftskraft bringen soll. Umgekehrt besteht das Risiko, dass eine Ansiedlung nicht zustande kommt und am Ende das Projekt rückabgewickelt werden müsste. In diesem Fall ist davon auszugehen, dass es zu finanziellen Belastungen der Haushalte der drei Kommunen kommen wird.

Die allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungschancen sollen durch den **Ausbau des Tourismus** erhöht werden. Dazu gründete der Kreis Euskirchen zusammen mit der Mehrheit der Städte und Gemeinden die Nordeifel Tourismus GmbH. Bei bisher vergleichsweise überschaubarem finanziellen Einsatz gestalten sich die Risiken gering.

Euskirchen, 06.05.2014



(Hessenius)



(Rosenke)